

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 9. März 1920
10. Jahrgang Nummer 59

erschint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Streifenband 2,50 M. Anzeigenpreis: Die gedruckten Willkommensblätter über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellnerpreis: Die dreifache Willkommensblätter über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme h. der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der A.P.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kronenbr. Str. 40, Telefon 4718. B.H. Gedon: Breslau 544, Wehlauer Str. 10, Telefon 11-12, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gieslitz, Mittelstr. 24, Telefon 11-12; Gollitz, Gollitz & Gollitz, Telefon 2364. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlags-Gesellschaft: Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — Druck: „Reubner“-Verlag, Fil. Breslau, Kronenbr. Str. 40.

Der Krieg in Arabien beginnt

Englands Schwierigkeiten im Nahen Osten

(Fig. Drahtb.) London, 9. März.

Die vor einigen Tagen erfolgte neue unzweideutige Erklärung Englands, daß es an einer Abhängigkeit Ägyptens festhalten werde, hat bekanntlich zum Austritt der Regierung in Kairo geführt und ruft große Erregung im ganzen Lande hervor. So wird jetzt gemeldet, daß es in Kairo, Assut und Fantah zu Studenten-demonstrationen kam, gegen die Polizei einging, wobei einige Verletzte auf der Straße blieben. Diese Studentendemonstrationen sind nur der Ausdruck der großen Unzufriedenheit der ägyptischen Massen mit dem König, einem Englandsknecht, und der kompromißlosen Haltung der Regierung.

Noch ernster sind die Nachrichten über die Lage in Arabien. Die Wahabiten unter Ibn Saud haben bereits einige Dörfer von Transjordanien und vom Irak, ihren nördlichen Nachbarn, besetzt. Die Engländer haben Panzerwagen und Flugzeuge zur Unterstützung ihrer transjordanischen und irakischen Vasallen entsandt.

*

R. Das englische Weltreich gerät im nahen Osten in der letzten Zeit in immer größere Schwierigkeiten. Nach dem Kriege hatte England geglaubt, den ganzen Küstengürtel von Indien bis Ägypten als Landbrücke zum Indischen Ozean fest in der Hand zu haben. Es mußte aber erleben, daß Persien und Afghanistan, beide unter Rückendeckung durch die Sowjetunion, sich selbständig machten und sich energisch gegen alle britischen Uebergriffe zur Wehr setzten.

In den letzten Wochen wächst nun auch die Gärung in den übrigen Teilen des nahen Ostens. Wir berichteten schon ausführlich über den Boykott gegen die Simon-Kommission in Indien, der deutlich zeigte, daß die Massen dieses Riesereiches jede Zusammenarbeit mit England ablehnen. In Ägypten ist die Lage schon zugespizter. Dort gibt es eine ägyptische Oberschicht, Kapitalisten, Beamte usw., die sich mit einer Abhängigkeit Ägyptens um den Preis eigener Vorteile zufrieden geben. Ihnen gegenüber steht die immer mehr wachsende und sich radikalisierende national-revolutionäre Bewegung, die die neue Rote Englands als Anlaß zu erneuten Unabhängigkeitskämpfen nimmt.

Der jetzt ausbrechende Krieg in Arabien ist ein Kampf der unabhängigen Wahabitenstämme von Zentralarabien gegen die arabischen Randgebiete im Norden und später wohl auch im Südwesten, die ausgesprochen englische Vasallen sind. Es steht noch nicht fest, ob England nicht den Kampf provoziert hat, um die Macht des Wahabitenführers Ibn Saud im Keime zu erlöchen.

Jedenfalls bedeutet die Gleichzeitigkeit der Bewegungen in Indien, Arabien und Ägypten eine große Gefahr für das britische Imperium, denn sie bedrohen dessen Lebensnerv, den Suez-Kanal, die Seeverbindung zum Indischen Ozean. Das Beispiel der Kämpfe in China, Afghanistan, Persien und der Türkei tut seine Wirkung. Zwar oft niedergeworfen und berraten, hebt doch der Aufstand der Kolonialvölker immer wieder das Haupt. Diesmal im Nahen Osten schon unterstützt durch die Arbeit kleiner, junger, aber aktiver kommunistischer Parteien.

An diesen schwächsten Kettengliedern der imperialistischen Macht wird der geschichtliche Auflösungsprozeß des Imperialismus zunächst beginnen. Die neuen Bewegungen im Nahen Osten werden gewiß nicht dessen Ende, aber doch eine Etappe auf diesem Wege sein.

Gpielgelderei in Genf

(Fig. Drahtb.) Genf, 8. März.

In erneuten Fänselächtebesprechungen konnte eine Einigung über die ungarische Waffensfrage nicht erzielt werden. Man wählte den Ausweg, daß man erstens ein offizielles Untersuchungsverfahren ablehnte (was Italien entgegenkam), aber doch ein Ratiskomitee zu der Frage einsetzte (was Frankreich entgegenkam). Der Völkerverbundrat beschäftigte sich mit dem ungarisch-rumänischen

sehen Optantenstreik. Die Diskussion darüber wurde auf Freitag vormittag vertagt.

Wieder ein Grubenunglück

Am Osterfeld, 9. März. Auf der Zeche „Völsborn“ ereignete sich am Donnerstag ein schweres Unglück. Drei Bergleute wurden von einem entgleisten Personen-Förderwagen erfasst und gegen die Wand geklemmt. Einer von ihnen, der Bergmann Larisch, ist

kurz darauf gestorben. Die beiden anderen wurden ins Krankenhaus geschafft.

Das Neuroder Unglück

Der Handelsminister beruhigt — Feststellungen unseres Arbeiterkorrespondenten

Breslau, 9. März. Aus Anlaß des Neuroder Unglücks verlangte am Schluß der vorgestrigen Landtags-Sitzung die kommunistische Fraktion vom Staatsministerium Aufklärung über die Ursache des Unglücks und darüber, was das Ministerium zum Schutze der Bergarbeiter zu tun gedenkt. Darauf gab in der gestrigen Sitzung der Handelsminister eine Erklärung ab. Danach war der Unglücksort ein Unterfangenbetrieb. Am Tage vor dem Unglück wurde eine verstärkte Kohlenläureentgasung festgestellt und daraufhin der Betrieb „gestundet“. Am nächsten Tage sei der Betriebsführer in Begleitung eines Ingenieurs, zweier Bergreferendare und vier Bergbauer vor den Ort gefahren. Die Ursachen des Unglücks seien noch nicht festgestellt, da eine Untersuchung vor Ort infolge der herausgebrochenen Kohlenmassen und ausströmenden Gase noch nicht möglich ist. Auskunft darüber, wie ähnliche Grubenunfälle in Zukunft verhindert werden sollen, gibt der Handelsminister nicht.

Im Gegensatz zu dieser Erklärung steht unser Arbeiterkorrespondent fest, daß die Arbeit vor dem Unglücksort trotz des verstärkten Gasausströmens nicht eingestakt wurde, und das Unglück während der vollen Tätigkeit der Schneidemaschine erfolgt sei.

Streit ausdehnung in der Steinindustrie

Auch Strehlen im Streik — Heute Gaukonferenz in Strehlen

Breslau, 9. März.

Gestern fand in Striegau eine vom Steinarbeiterverband einberufene Funktionärskonferenz statt. Die sozialdemokratischen Verbandsführer gaben Bericht von den Verhandlungen, bei denen bekanntlich die Unternehmer die Wiederaufnahme der Arbeit forderten und erst danach bereit waren, über die Lohnfrage zu sprechen. Eingeschüchert durch diese Haltung vertraten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Ansicht, daß der Streik keinesfalls auf die anderen Gebiete der schlesischen Steinindustrie ausgedehnt werden dürfe. Es gelang ihnen auch, die Mehrheit der anwesenden Delegierten für ihre Ansicht zu gewinnen. Gleichsam als Beweis, daß die Ansicht der Führer nicht die Ansicht der Mitgliedschaft ist, traten die Steinarbeiter in Grog-Rosen und Kalt haus in den Nachmittagsstunden in den Streik. Dadurch vergrößert sich die Zahl der Streikenden um circa 1200 bis 1500 Mann.

In den Strehlener Betrieben fanden gestern Betriebsversammlungen statt. In der anschließenden Abstimmung erklärte sich die überwältigende Mehrheit der Kollegen für sofortigen Streik. In den zwei größten Betrieben wurden bei der Abstimmung 1131 Stimmen abgegeben. Davon stimmten für Streik 941, dagegen 175, neun Stimmen waren ungültig und sechs Kollegen enthielten sich der Stimme. Damit ist auch für das Strehlener Gebiet der Streik beschlossen und der Streik auf fast alle Steinbrüche in Schlesien ausgedehnt. Bedeulich in Ströbel ist die Lage noch unklar. Neue Meldungen liegen von dort nicht vor, es ist jedoch anzunehmen, daß auch die dortigen Steinarbeiter sich dem Vorgehen ihrer Berufskollegen anschließen werden.

Als weitere Provokation der Unternehmer ist die Abmeldung sämtlicher Streikenden von der Krankenkasse zu betrachten. Die Absicht, die Streikenden durch diese Maßnahme einzuschüchtern, wird natürlich nicht in Erfüllung gehen. Die Steinarbeiter haben bereits beschlossen, freiwilliges Mitglied der Krankenkasse zu bleiben und die Beiträge von der Streikunterstützung zu bezahlen.

Am Sonntag findet in Strehlen eine Gaukonferenz des Steinarbeiterverbandes statt. Die Steinarbeiter müssen von den Konferenzdelegierten verlangen, daß sie sich keinesfalls von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern einseitig lassen. Der Streik ist begonnen und muß jetzt bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden. Ein Zurück kann es nicht mehr geben, mögen die Unternehmer noch so starke Drohungen ausstoßen! Die Steinarbeiter haben nichts zu verlieren, die Unternehmer aber verlieren jeden Tag die Profite, die ihnen der Rohwert liefert. Die Steinarbeiter müssen schon jetzt offen zum Ausdruck bringen, daß die von dem Verband aufgestellte Hauptforderung die Einstellung der Teuerungszulage in den Tariflohn und Erhöhung des Tariflohns im Durchschnitt um 20 Prozent — eine Mindestforderung ist, von der die Verbandsführer und die Verhandlungskommission nichts

abhandeln lassen darf. Gewiß durch die Erfahrungen der vorjährigen Lohnbewegung, müssen die Steinarbeiter gleichzeitig verlangen, daß nicht die Führer dem neuen Lohnvertrag zustimmen, sondern daß die Entscheidung darüber ausschließlich der gesamten Mitgliedschaft des Steinarbeiterverbandes überlassen bleibt. Die Delegierten der Gaukonferenz dürfen deshalb den Führern keinerlei Vollmachten geben, sondern beschließen, auf der oben bezeichneten Mindestforderung zu beharren und über alle weiteren Schritte die Mitgliedschaft entscheiden zu lassen.

Breslauer Kommunalarbeiter fordern Lohnzulage

Breslau, 9. März. Gestern fand eine Funktionärskonferenz des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes statt, in der zu dem Ende März ablaufenden Lohnvertrag Stellung genommen wurde. Die Opposition beantragte, 15 Pfennige Lohnerhöhung und Schaffung von nur drei Lohnklassen zu fordern. Nach heftiger Diskussion wurde beschlossen, 10 Pfennige im Durchschnitt zu fordern. Wir werden auf die gestrige Konferenz noch zurückkommen.

Werkzeugmacher-Schiedsbruch abgelehnt

Ein beachtenswertes Eingekündnis des „Vorwärts“

Berlin, 9. März. (Fig. Drahtb.) Gestern nachmittag nahmen die Funktionäre der streikenden Werkzeugmacher zu dem unerwarteten Schiedsbruch, den vorgestern die Berliner Schlichterkammer fällte, Stellung. Mit überwältigender Mehrheit wurde die von der Opposition vorgelegte Resolution angenommen, die den Schiedsbruch ablehnt und von der Ortsverwaltung des VAW die sofortige Einbeziehung aller Werkzeugmacher in den Kampf fordert. Die Versammelten waren in größter Empörung und erbitterter Kampfstimmung. Die Unternehmer haben selbstverständlich den Schiedsbruch angenommen und haben die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Auf Grund des infamen Schiedsbruchs sieht sich der gestrige Abend-„Vorwärts“ gezwungen, seine Ablehnung nur durch die Freiarbeiter als natürlich hinzuzufügen und er wendet sich auch gegen eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedsbruchs, da derselbe schon aus juristischen Gründen nicht an die Stelle eines Tarifvertrages treten kann, da er nicht die positiven Bestimmungen eines Tarifvertrages enthält. Eine Verbindlichkeitsklärung sei also unmöglich. Der „Vorwärts“ schreibt weiter: „Aber selbst, wenn er verbindlich erklärt würde, könnten die Gerichte des DAB nicht regreßfähig machen, wenn die Organisation trotz der Verbindlichkeitsklärung den Streik der Werkzeugmacher weiterführen würde.“

Man wird gut tun, sich diese Stellungnahme des „Vorwärts“ her zu betonen, daß dieselbe im Einklang mit der Meinung kompetenter Stellen steht, zu merken!

Waldenburger Bergland

Kann man da Vertrauen haben?

Kommunistenhege — statt praktische Arbeit

Versehene Umstände zwingen uns, auf den „Bergwacht“-Artikel über die am 26. Februar stattgefundene Jahreskonferenz des Bergarbeiterverbandes noch einmal einzugehen. Die Frage der Lohnentwicklung im Jahre 1927 werden wir in einem besonderen Artikel schildern. Heute wollen wir lediglich die Entschliessung besprechen, in der die Bezirksleitung sich von den Funktionären das Vertrauen aussprechen liess. Den sozialdemokratischen Demagogen gelang es, dieser Entschliessung mit 113 gegen 20 Stimmen zur Annahme zu verhelfen. Freudestrahlend liess nun die „Bergwacht“ mit, dass „damit der Bezirksleitung mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen“ worden ist. In ihrem Siegestaumel versuchte sie eine infame Hege gegen die Gewerkschaftsopposition und den kommunistischen Betriebsrat Müller zu entfachen. Die sozialdemokratischen Demagogen vergaßen dabei, dass die Opposition keine kommunistische Sache ist, sondern in Wirklichkeit stehen nicht bloß kommunistische, sondern auch parteilose und sozialdemokratische Bergarbeiter in Opposition zu der sozialdemokratischen Bezirksleitung. Die Schmädhungen in der „Bergwacht“ richteten sich deshalb nicht gegen den Kommunisten Müller, sondern gegen einen grossen Teil der Mitgliedschaft. Und die Mitgliedschaft wird zur gegebenen Zeit nicht nur protestieren, sondern auch zu Taten schreiten. Der Sozialdemokrat Hoffmann soll nicht denken, dass die relative Stabilisierung des Kapitalismus von ewiger Dauer sein wird. Wenn er nur einmal (Schickel) an die Zeiten von 1918/19, 1921 und 1923 zurückdenkt, wenn er sich erinnert, dass selbst ein Wendemuth vor noch wenigen Jahren für die Diktatur des Proletariats eintrat, so wird bestimmt sein Mut, der in den Zeilen der „Bergwacht“ zu finden ist, um ein bedeutendes geringer. Nach dem „Bergwacht“-Bericht soll Müller folgende Erklärung abgegeben haben:

„Unsere Opposition richtet sich nicht gegen den Bezirksleiter Kameraden Hoffmann als Person, sie richtet sich auch nicht gegen die Arbeit, die im Geschäftsjahr 1927 geleistet worden ist. Wenn wir trotzdem gegen die Entschliessung stimmen, so nur deshalb, weil der Bezirksleiter Sozialdemokrat ist.“

Kraft jedes Wort eine Lüge! In Wirklichkeit trug sich der Fall wie folgt zu: Der Genosse Müller schlug entgegen der von der Bezirksleitung vorgesehenen geheimen Abstimmung, eine Abstimmung per Klammation vor, dabei sagte er, dass sich die Stellungnahme der Opposition nicht gegen die Person Hoffmann allein richtet, die Opposition richtet sich gegen die Kampfmethoden, die von den reformistischen Führern deshalb empfohlen werden, weil sie auf Grund ihrer sozialdemokratischen Einstellung zur Frage des Staates usw. nicht anders können, auch in Hoffmann sei der Sozialdemokrat verkörpert. Weiter konnte der Genosse Müller nicht sprechen, weil die eingebildeten sozialdemokratischen Delegierten einen ungeheuren Tumult veranstalteten. Jedoch die wenigen Sätze, die der Genosse Müller aussprach, zeigen deutlich, dass die in der „Bergwacht“ veröffentlichte Erklärung erlogen und erfunden ist. Die Opposition richtet ihren Kampf gegen die Kampfstrategie der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind, sondern deshalb, weil diese Strategie sich zum Schaden der Arbeiterschaft auswirkt. Solange aber die Gewerkschaftsführer der Sozialdemokratischen Partei angehören, können und werden sie die Sozialdemokratie nicht verlassen. Der Kampf der Opposition richtet sich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen alle Führer, die sie vertreten. Das war der Sinn der Erklärung von Müller.

Wie wenig Veranlassung die Funktionäre des Waldenburger Bergarbeiterverbandes haben, der Bezirksleitung das Vertrauen auszusprechen, kann allein an Hand der „Errungenschaften“ im vergangenen Jahre zur Genüge illustriert werden. Die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern befürwortete kapitalistische Rationalisierung hat auch in Waldenburg zu Stilllegungen geführt. Trotz des guten Organisationsverhältnisses war die sozialdemokratische Bezirksleitung nicht imstande, unter Ausnutzung der Nachkonjunktur die Löhne auf ein halbwegs erträgliches Mass herauszubringen. Der Neuabschluss des Manteltarifs brachte keinerlei Verbesserungen, dafür aber Entzug der Freitühle für die Invaliden und Witwen. Den großen Worten vom Kampf folgte bei jeder Verbindlichkeitsklärung eine jämmerliche Kapitulation. Auf Seite 9 des Geschäftsberichtes kann man lesen: „Die Organisations- und Kampfmaßnahmen glichen konnten, erfolgte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches.“ Der Sinn dieses Satzes ist, dass die sozialdemokratische Bezirksleitung auch in Zukunft nicht gewillt ist, einen Kampf gegen den kapitalistenfeindlichen

Arbeitsminister aufzunehmen. Die weitere Tatsache, dass auf der Reviersonferenz keine der von den Jahrestellen Sellendorff, Welkstein, Langwaller, Langwaller, Langwaller usw. einstimmig angenommene Entschliessung mit der Forderung auf sofortige zweiseitige Lohnhöhe von Hoffmann zur Sprache gebracht wurde, zeigt, dass Hoffmann, gestützt auf seine sozialdemokratischen Parteifreunde, glaubt, gegen den Willen der Mitgliedschaft handeln zu müssen, um ja nicht die Ruhe und Ordnung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zu stören. Um so rücksichtloser und brutaler ist er im Kampf gegen die Opposition.

Ohne zu untersuchen, was die einzelnen Sozialdemokraten, darunter auch Hoffmann, im Innern wünschen und wollen, muss die Tatsache festgestellt werden, dass sie objektiv die Rolle von Kapitalisten spielen, da sie alles unterlassen, was die kapitalistische Republik gefährden könnte, da sie sich jedem verbotlichen Schiedspruch kampflös unterwerfen und so dem Bürgerblockminister Braun die Niederhaltung der Arbeiterschaft erleichtern.

Die Angriffe solcher Menschen prallen an aufrechten Kommunisten, die mit Wort und Tat jahrzehntelang im Dienste der Arbeiterschaft stehen, wirkungslos ab. Die Kollegen, die mit unserem Genossen Müller gemeinsam in der Grube arbeiten und die ihn zum Betriebsrat gewählt haben, die Kollegen, die gemeinsam mit den anderen oppositionellen Gewerkschaftlern im Betriebe stehen, wissen besser als ein Dinkel Paul und seine Bestimmungsgenossen die Rolle und die Wichtigkeit der Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei einzuschätzen.

Oberes Revier

Die Gewerkschafter von Ober-Sermisdorf kommen heute um 19 Uhr reiflos zu der grossen öffentlichen Versammlung in der „Sauna“. Referent ist Genosse Gause - Breslau.

Arbeiter-Samariter in Felshammer! Sonntag, den 11. März, 9 Uhr findet in Springers Gasthof eine Werbe- und Gründungsversammlung der Arbeiter-Samariter statt. Die Arbeiterschaft möge sich zahlreich daran beteiligen. Genosse Richter - Breslau spricht über „Zweck und Ziele des Arbeiter-Samariter-Bundes“.

Langwallerdorf, „Rote Justiz und roter Terror“. Ueber dieses Thema sprach am 4. März in einer öffentlichen Versammlung der Rote Hilfe der SPD. Genosse Vogel aus Breslau. In der Aussprache ergriff Genosse Adam sämtliche Anwesenden, nur kommunistisch zu wählen. Auf Antrag Hoffmann - Gottesberg wurde das Mitgliedsbuch des Genossen Vogel einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Versammlung stellte fest, dass die „Bergwacht“ gelogen hat, indem sie behauptet, der Genosse Vogel sei aus der SPD ausgeschlossen worden. Der Versammlungsbesuch war sehr gut, da auch die KGW-Kapelle Felshammer sie unterstützte. Die Epibisten waren in der Versammlung nicht erschienen; denn die Wahrheit über Aufstand können sie doch nicht vertrauen.

Liste der Kommunistischen Partei

1. Müller, Julius, Berghauer
2. Kluge, Gustav, Invalide
3. Krappatich, Gustav, Schmied
4. Klose, Richard, Maschinenwärter

Nur die obenstehende Liste wird am Sonntag in Ober-Sermisdorf gewählt!

Groß-Waldenburg

Obert die Märgelassen! Besucht die Veranstaltung der Kommunistischen Partei im „Weissen Hof“, Altmasser am Sonntag, dem 11. März. Das Programm enthält u. a. ein Theaterstück „In roter Stunde“ und lebende Bilder. Insbesondere sind die Leser unserer Zeitung und die Sympathisierenden eingeladen.

Wie die Invaliden behandelt werden. Ein Arbeiter schreibt uns: Ein Arbeitskolle in Nieder-Salzbrunn ging nach der Gemeinde, um seine Sozialrente abzugeben. Da diesmal eine Nachzahlung dabei war, fragte er: „Gibt es immer soviet oder was beträgt die Nachzahlung?“ Da erwiderte der Herr Kassierendant Vogt: „Sind Sie nur froh, dass Sie soviet bekommen,“ und gab weiter keine Auskunft. Es ist bedauerlich, wenn Herr Vogt als Vorsteher der Sozialdemokratischen Partei die Armen nicht besser behandelt. Vor kurzem erst kuckerte er zu einem Arbeitskolle, er könnte sich doch mit ihm nicht gleichstellen. Wir raten Herrn Vogt, sich etwas mehr soziales Verständnis anzueignen!

Kollateralschaden. Im Monat Februar wurden zur Angelegenheit: Wegen Diebstahls 3, Unterschlagung 3, Geldsammlung 1, unbehüteten Massenbesitzes 2, Sittlichkeitsverbrechen 2, unerlaubten Wettbewerbs 1, Vergehen gegen die Wandergewerbeordnung 1, Körperverletzung 1, Vergehen gegen das Stellenvermittlungsgesetz 1, Betrugs 1, Aufhebung 3, Unterlassung der polizeilichen Anmeldung 4, vorsätzlicher Sachbeschädigung 1, Fahren ohne Licht 1, Vergehen des Bürgersteiges mit Fahrrad 1. In Strafsachen wurden 118 Vernehmungen vorgenommen. Ermittlungen auf Eruchen anderer Behörden haben 97 stattgefunden.

Schweidnitz

Einiges zu der letzten Stadtverordnetenversammlung. In der „Mittelschlesischen Zeitung“ macht man ein großes Lamento, dass die drei anwesenden Kommunisten bei der Trauerrede des Stadtverordnetenvorstehers für den verstorbenen Stadtverordneten Justizrat Landtsberg sich nicht von den Plätzen erhoben haben. Man schreibt, dass dies unanständig sei und nicht im Interesse des Proletariats liege. Nun, was im Interesse des Proletariats liegt, werden wir uns bestimmt nicht von den zentralistischen Mittelschlesischen vorkreiden lassen. Die „Mittelschlesische“ steht auf dem Standpunkte, dass Proletariat müsse den „bürgerlichen“ Anstand mitmachen. Nun, wie stehen doch anders zu der Frage. Wir möchten einmal die „Mittelschlesische“ fragen: Ist es anständig, wenn man bei Arbeitern misserable Akhne zahlt? Wenn Familien mit erwachsenen Kindern in einer Stube wohnen? Wenn die Miete aber 20 Mark? Wenn Kinder ohne Gymb und Unterhosen in die Schule gehen müssen? Wenn Kinder von Arbeitern an Tuberkulose zugrunde gehen? Wenn Säuglinge von Arbeitermüttern keine Milch erhalten können? usw. Anständig nennt die bürgerliche Gesellschaft, wozu auch das Antrum gehört: Wenn sich die Dämchen der feinen Gesellschaft in Milch baden! Wenn Bettfedern und sauren verankastet werden, doch alles unter dem Tische liegt! Wenn die Männer und Weiber der Bekleidenden Kurven machen, damit sie ein Haar Wind abnehmen! Wenn statt tuberkulösen Arbeiterkindern die gelindesten Bourgeois die Bäder füllen usw. Die feinsche „Mittelschlesische“ soll ihren Schächeln Anstandslehre geben, als Kommunisten wissen wir schon, was wir zu tun haben!

Liebau. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag bei der Nachhausefahrt des Badermeisters Gläser mit seinem Samonaktwagen, in welchem sich noch die Frische des Freiseuchschäfts Schmidt und der Sohn des Bildhauermeisters Müller befanden. In der scharfen Kurve bei der Roschinstholla fuhr das Auto an einem Baum mit so furchtbarer Gewalt, dass das Fräulein durch die Scheibe auf die Straße flog und sich schwere Verletzungen, u. a. auch einen Beinbruch, zuzog. In ihrem Auskommen zweifelt man.

Arbeiter-Sport. Am Sonnabend wurde hier ein Sportartell gebildet, welches unter der Leitung des Sportgenossen Kirchner steht. Das Sportartell hat die Aufgabe, die Veranstaltungen der Vereine zentraler zu regeln und sie gesamte Arbeit besser zusammenzufassen. — Sonntag spielten zum erstenmal wieder unsere Arbeiter-Fußballer in Landesgut. Die Resultate waren folgende: Liebau II gegen Landesgut kombinierte 4 : 1 für Landesgut. Liebau I gegen Landesgut 1. Tgd. 4 : 2 für Liebau.

Internationale Frauenwoche. Der Auf der alten Kampferin Maria Jeklin zur Jahreswiederkehr der Internationalen Kampagne zur Werbung unter den Frauen für den Gedanken der proletarischen Revolution möchte, da eine offizielle Kundgebung am Orte nicht stattfindet, von jedem Parteimitgliede dazu benutzt werden, Frauen für die Organisation zu gewinnen. Besonders mühten Genossen ihre Frauen in diesen Tagen von der Notwendigkeit des Eintrittes in die Partei überzeugt haben.

Frühjahrs-Revue fescher Schuhe

Tacor
& Cie A.-G. Burg

mauve 12.50
mode
pfirsich 14.50
braun
beige-rosé
sekt
in vielen Farben

Verkaufsstellen
Courd Lack & Cie
G. m. b. H.
Breslau
Ohlauer Str. 15
Reuschestr. 47/48

Rastorf / Reuthen OS. / Gleiwitz / Hindenburg / Oppeln / Waldenburg

95 BARASCH 95

Pfg. Pfg.

Wir rufen Sie!

Nur ein Preis!

GEHR

TAGE

- Damenstrümpfe** Baumwolle, farbig und schwarz, 2 Paar 95
- Damenstrümpfe** Waschkunstseide und Waschseide, II. Wahl, farblich schwarz, 2 Paar 95
- Herren-Socken** grau, 3 Paar 95
- Herren-Jacquard-Socken**, 2 Paar 95
- Kinderkleidchen** gestreift, marineblau und rot, 2 Stück 95
- Kindershirt-Leibchen** Baumwolle, weiß, gestreift, 2 Stück 95
- 2 Stehuhlegekragen** Mako mod. Form mit Kragenknöpfen, zusammen 95
- 2 Sportseriviteurs** einfach u. gestreift, als Weiten und 1 Selbstbinderhalter, zusammen 95
- Elegante Selbstbinder** reine Seide und Kunstseide, moderne Musterstellung, 2 Stück 95
- Das billige Sonderangebot!**
- Sportwolle** in vie'n Farben, 50 Gramm-Lage 38

- Kinder-Trikot-Sweater** in schönen Farben, 1 Stück 95
- Kinder-Schlüpfer** Baumwolle, in schönen Farben, alle Größen durchweg, 1 Paar 95
- Damenhemdchen und Hemdhosen** fein gestreift, weiß und farblich, 1 Stück 95
- Damen-Manschetten-Handschuhe** moderne Ausführungen, 1 Paar 95
- Kleiderwesten** Kunstseidenrippe glatt mit Knöpfen besetzt in versch. Ausführungen, 1 Stück 95
- Marinegarnituren** Kragen u. Manschetten in verschiedenen Größen Garnitur 95

Großer Parteiposten

Elegante Ziertablets 95

mit Holz- und vernickeltem Rand, Griff in verschiedenen Formen und Größen, zum Auswählen, ganz besonders preiswert.

- Mitteldecken** schwarz, 80x20 gest. Stück 95
- Masch- und Waschkorbdecken** gestrichelt, 1 Stück 95
- Tischdecken** helle oder gedeckte Muster, 1 Stück 95
- Damen-Hemden** guter Waschestoff mit Stickerei oder Spitzen, 1 Stück 95
- Jumper-Schürzen** gestr., gedeckte Muster, 1 Stück 95
- Twist** in allen Stofffarben 20 Rollen und 2 Dtzd. sortierte Waschköpfe, 20 x 20, 95
- Wäschebindeband** in modernen Farben 10 Meter 1 eine Dose Stahlsteckknöpfe, zusammen 95
- 1 Nähbeutel** für die praktische Hausfrau, reich sortiert, 1 Stück 95
- Sportkragen** weiß Piqué, alle Weiten mit Knopfband, 3 Stück 95
- Oberhemdersatz** Servitoren mit Hals- und Seitenteil u. 1 Sportkragen, neueste mod. Form, 1 Paar 95
- Herren-Sportmützen** neueste mod. Form, 1 Paar 95
- Eichenstöcke** mit Bergkrieger, mit u. ohne Wurzeln, 1 Stück 95

- Hemdenfuch** gutes süddeutsches Fabrikat, 50 cm breit, 3 Meter 95
- Linon** schöne glanz. Ware, 130 cm breit, 1 Meter 95
- Inlett** gute Körperware, 80 cm breit, 1 Meter 95
- Wäschestickeraleen** guter Waschestoff, mit wundervollen neuen Mustern, Stücklänge 2,00 m., 1 Stück 95
- Haarschellen** groß, in allen Farben, 3 Stück 95
- Gardinen** ca. 90-100 cm breit, 1 Meter 95
- Etamine** ca. 65 cm breit, 2 1/2 Meter 95
- Wand- u. Leifungsschoner** zusammen 95

Kremchokolade 4 Tafeln 95

Vollmilch 100 g

Haselnuß 100 g

Halbzug zusammen

- Stoff-Hausschuhe** m. dicker Filzsohle, Str. 27-35, Paar 95
- Plüsch-Pantoffel** mit Ledersohle, Größe 27-35, Paar 95
- Einkaufsbeutel** Stoff u. Waschtuch, 1 Stück 95
- Portemonnaies** für Damen u. Herren, gutes Leder, 1 Stück 95
- Elegante Kassetten** Leinwandpapier, Herrenform, 50 Bogen, 30 Umschläge mit Seidenfutter, 1 Stück 95
- Okta-Papier** liniert oder klein kariert, 100 Bogen, 100 Umschläge und 50 Stück bunte Postkarten, zusammen 95
- 1 Posten Romane** zum Auswählen 3 Bände 95
- Kreppfolienpapier** 7 große Rollen 95
- Reine Kern-Seife** 5 Doppelt u. 1 Pfd. Salmiak- / Seifenpulver, zusammen 95
- Oberschal-Seife** 2 große Riegel 95
- Gekleidete Puppen** mit Schlei, 1 Stück 95
- Tiere** zum nachziehen, im reizenden Zeichenkarton, 1 Stück 95

- ## Vorteilhaftes für Haus u. Küche
- 6 Wassergläser** gepreßt od. dünne Odolform, 1 Weibstochentblech aus, 95
 - 6 Bier- oder Teebecher** mit Kante, 95
 - 1 Kompottschüssel** gepreßt, ca. 24 cm, 95
 - 3 Römer** mit grünem Glas, glatt, od. 3 Bömer gemustert, 95
 - 1 Käseglocke u. 1 Butterdose** gepreßt aus, 95
 - 1 Satz Schüsseln** Steingut weiß, 6 versch. Größen, 95
 - 1 Waschbecken oder Krug** Steingut creme, 95
 - 6 Oberfassen** mit Goldrand, 95
 - 2 Spisesteller** mit Goldrand, Porzellan, hoch oder flach, 95
 - 1 Kaffee- oder Teekanne** groß, Porzellan, weiß, 95
 - 5 Alpaka-Kaffeelöffel**, 95
 - 2 Paar Solinger Eßbestecke** schwarze, 95
 - 1 Wäscheleine** 20 Meter, Sisalhanf, 95
 - 1 Springform** Weißblech, 26 oder 28 cm, 95
 - 1 Mandelmühle** Weißblechgehäuse, 95
 - 1 Leibwärmer** Weißblech, 26 oder 30 cm, 95
 - 1 Besteckkasten** Buche oder Drahtkorb, 3- oder 4-teilig, 95
 - 1 Briefkasten** schwarz gehämmert, mittelgr., 95
 - 1 Sand-Seele-Soda-Garnitur** lackiert, weiß mit Delftmuster, 95
 - 1 Maschinentopf** 16 oder 18 cm neublau oder braun Emaille, 95
 - 1 Schmortopf** 18 oder 20 cm, neublau oder braun Emaille, 95
 - 1 Elmer** 28 cm grau, 95
 - 1 Salz- u. 1 Mehlmeste** weiß Emaille, 95
 - 1 Kaffeekanne** 18 cm, weiß Emaille, dekoriert, 95
 - 1 Spülwanne** 38 cm, tief grau Emaille, 95

Gewerkschaftsaus - Lichtspiele

Der Schleier fällt

Ein Frauenschicksal aus Turkestan

Belprogramm

Spanien, Emelkawoche u. ein Lustspiel

Kladd und Datsch die Pechvögel

Heut Freitag, letzter Tag

5 und 8 Uhr

Für Jugend verboten

Erwerbslose bis 5 Uhr 25 Pf., sonst Einheit-pl. 50 Pf.

Arbeiter-Sport-Kartell

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater

Donnabend, den 10. 3. bis Sonnabend, den 17. 3. täglich 20 Uhr

Hier ersten Male!

Der Franzos

Schauspiel von Hans I. Reiffisch

Sonntag, den 11. 3. und Dienstag, den 13. 3. 15 1/2 Uhr

In den neuen Freizeiten

Woh dem, der lügt

Schauspiel von Grillparzer

Thalia-Theater

Donnabend, den 10. 3. bis Freitag, den 16. 3. täglich 20 Uhr

Der Hexer

Kriminalstück von Edgar Wallace

Sonntag, den 11. 3. 15 1/2 Uhr

In kleinen Freizeiten

Spiel im Schloß

von Franz Kolmar

Sonnabend, den 17. 3. 20 Uhr

Feststellung anläßlich des 100. Geburtstages des k. k. Hofrats

Die Wäldner

Schauspielhaus Breslau

Operettenbühne

Tel. Stephan 38300

Täglich 20 Uhr

Der Zarewitsch

Sonntag 15 1/2 Uhr

Die Förster-Christel

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Mitt. noch, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie G 14

Die verbannte Braut

Donnerstag, 20 Uhr

Rigoletto

Freitag, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie H 14

Anna Lisa

Sonnabend, 20 Uhr

Zurück ins Land

Sonntag, 15,30 Uhr

Nachmittagsvorst. zu erm. Preisen (Gr. 2)

Der Freischütz

Sonntag, 20 Uhr

Die letzten Weiber von Windsor

Vollkornbrot

ärztlich empfohlen

B. Ulrich's Bäckerei, Weidenstraße 25

Oskar Schlesinger

Markthalle Ritterplatz

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Stand 25/26

Sie verdienen täglich

10 Mark mit Schnürsenkel

Nur persönlich kommen

Reste

n Serge, Rittel, Leinwand, Aermelfutter, Rohhaar Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal

alles sehr billig

prima Ware

Detail von Ungarn

Berth. Lippert

Breslau, Heinrichstraße 16

Filiale: Oberstr. 17, Weißgerbergasse 43

Dampfbäckerei

Franz Skorsetz

Breslau 2, Lohestr. 55

Ecke Sedastraße

Telephon Stephan 3-465

Alois Henschel & Co.

Milch-Großhandlung u. Molkereiprodukte

Brunnenstraße 34 / Tel. Stephan 30785

Fahrradhaus „Frisch-Auf“

Bundesgeschäft des Arb.-Radf.-Bund. „Solidarität“

Fahrräder - Nähmaschinen

Sprechapparate - Wringmaschinen

sämtliches Zubehör

Reichhaltiges Lager Eigene Reparatur-Werkstatt

Breslau, Nikolaistraße 16/17

Wilhelm Ludwig

Breslau, Mariannenstraße 2

Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße

Mehl-Consum

Sie erhalten 1 Auto auf der Oderstrasse

viel länger betriebsfähig, wenn dasselbe oft gereinigt wird. Die dazu nötigen Bürsten, Leder, Schwämme usw. kaufen Sie in unserem Geschäftszweck!

ebenso billig, wie alle Arten Haarkammbürsten, Besen, Pinsel, Kämmen, Scheren, Fädnadeln, Staubwedel.

Wir erwarten Ihren Besuch

London & Co. Oderstraße 5

G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring

Unsere Handtaschen sind nicht nur aufpreisvoll, sondern auch unerschwinglicher zu erwerben und wissen das wirklich Gute ist es wohl zu schätzen. Sie haben längst erkannt, daß die Einheitsmargarine „Blauband“ eine Leber in unserer Ernährung ungeschickt ist und das Ideal der Handtaschen das ist. Also in der Küche der auf's Beste sich auszeichnet wird, soll es „Blauband“ fest geliebt sein.

Darf uns der Hausbesitzer kündigen?

Nach der Annahme der Novelle zum Mieterschutzgesetz

Von Richard Schulz, M. d. L.

Nachdem der Wohnungsausschuß des Reichstages die Regierungsvorlage zum Mieterschutzgesetz mit 15 gegen 12 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten angenommen hatte, ist am 10. Februar die Novelle auch vom Reichstag angenommen worden. Das Gesetz, für welches mit Ausnahme der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten alle Parteien stimmten, tritt am 1. April d. J. in Kraft und gilt bis zum 31. März 1930. Geändert worden ist der § 1 des M. Sch. Ges., wonach nach dem 1. April 1928 dem Hausbesitzer für die Altvohnungen das freie Kündigungsrecht wieder eingeräumt worden ist. Bis zum 1. Juli 1926 schützte das M. Sch. Ges. alle Mieter, welche in Häusern, die bis zum 1. Juli 1918 gebaut waren, wohnten, vor der Kündigung. Dem Druck der Hausbesitzer und der bürgerlichen Parteien gelang es jedoch, das M. Sch. Ges. zu durchlöchern. Nach dem 1. Juli 1926 konnte der Vermieter in folgenden drei Fällen die Aufhebungsfrage beantragen:

- a) bei einer erheblichen Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners oder bei nicht genehmigter Untervermietung;
- b) bei Rückstand der Miete mit mehr als einem Monat;
- c) bei dringendem Eigenbedarf des Hausbesitzers;

Die Aufhebungsfrage aber mußte vom Vermieter bei den eigens hierzu eingerichteten Mietsschiedsgerichten gestellt werden. Es folgte eine mündliche Verhandlung und im Einspruchsfall entschied das Landgericht.

Ab 1. April 1928 kann der Vermieter gleichmäßig kündigen. Die Kündigung darf — genau wie es seit dem 1. Juli 1926 bei der Mietaufhebungsfrage der Fall war — aus den im Gesetz vorgezeichneten und weiter oben genannten drei Gründen ausgesprochen werden. Eine Einschränkung erfährt das Verfahren insofern, als der Vermieter jetzt die Kündigung nur noch beim Amtsgericht anzumelden braucht. Das in der Novelle vorgesehene Kündigungsrecht unterscheidet sich außerdem von dem im Bürgerlichen Gesetzbuch vorgezeichneten Kündigungsverfahren insofern, als hier das Mietverhältnis nur dann ohne weiteres als gelöst gilt, wenn kein Einspruch des Mieters erfolgt.

Das neue Kündigungsverfahren spielt sich ab 1. April 1928 in folgender Weise ab: Der Vermieter fertigt ein Kündigungsschreiben nach eigens hierfür hergestellten Formularen aus. Das Schreiben muß den genauen Grund der Kündigung enthalten. Es kommen hierbei die in den §§ 2—4 des M. Sch. Ges. enthaltenen Tatsachen in Betracht. Bei Mietrückstand ist außerdem die genaue Summe anzugeben. Der Vermieter reicht das Kündigungsschreiben beim Amtsgericht ein. Nach Prüfung durch den Urkundsbeamten — früher Gerichtsschreiber — ob das Schreiben dem Gesetz entspricht, wird es mit dem Amtssiegel versehen und dem Mieter ins Haus gesandt. Hierbei ist der Mieter darauf hinzuweisen, daß, wenn er nicht binnen zwei Wochen Widerspruch erhebt, Kündigungsbefehl erlassen werden kann. Bei Zahlungsverzug ist außerdem das Fürsorgeamt zu benachrichtigen. Der Mieter kann binnen zwei Wochen schriftlich oder zu Protokoll bei dem Urkundsbeamten Widerspruch erheben. Es genügt, wenn auf der Rückseite des Kündigungsschreibens vermerkt wird, daß er, der Mieter, Widerspruch erhebt. Auf Verlangen wird dem Mieter eine Bescheinigung über die Rechtzeitigkeit seines Widerspruchs ausgestellt. Dem Vermieter wird von diesem Widerspruch Kenntnis gegeben. Beantragt derselbe nicht binnen zwei Wochen eine Güteverhandlung, gilt die Kündigung als zurüdgezogen. Wird dieser Antrag vom Vermieter gestellt, dann tritt das bisher übliche Verfahren des Mietaufhebungsprozesses in Kraft. Findet beim Güteverfahren keine Einigung statt, entscheidet das Amtsgericht. Berufung beim Landgericht ist zulässig.

Erhebt der Mieter nicht innerhalb 14 Tagen gegen die Kündigung Einspruch, kann auf Antrag des Vermieters Räumungsbefehl erlassen werden. Der Urkundsbeamte veranlaßt die Zustellung an den Mieter. In dem Räumungsbefehl wird dem Mieter mitgeteilt, die Wohnung zu dem in dem Kündigungsschreiben angegebenen Zeitpunkt zu räumen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Gegen den Räumungsbefehl steht dem Mieter genau wie bei der Kündigung das Recht des Einspruchs zu. Nur ist hier nur eine Frist von 8 Tagen vorgegeben. Eine Einschränkung des Einspruchs findet dabei auch insofern statt, als der Mieter materielle Gründe nicht mehr anführen darf. Denn dadurch, daß gegen die Kündigung selbst kein Einspruch erhoben wurde, gelten die im Kündigungsschreiben angegebenen Aufhebungsgründe als endgültig festgestellt. Erbringt der Mieter den Nachweis, daß er ohne sein Verschulden (Unfall, Reise, Krankheit) die Einspruchsfrist gegen die Kündigung versummt hat, dann wird im Prozeßverfahren über den Räumungsbefehl auch über die Aufhebungsgründe verhandelt. Dasselbe ist der Fall, wenn der Mieter dem Vermieter innerhalb der Einspruchsfrist betreffend dem zugestellten Kündigungsschreiben erklärt hat, daß er die Herausgabe der Wohnung ablehnt.

Wird vom Gericht der Räumungsbefehl als zu Recht erkannt, so kann das Gericht auf Antrag des Mieters eine Räumungsfrist bis zu 3 Monaten gewähren. Der Vermieter wird von diesem Begehren des Mieters in Kenntnis gesetzt. Widerspricht der Hausbesitzer diesem Begehren, so wird ein neuer Termin anberaumt, und das Prozeßverfahren beginnt von neuem.

Stützte sich die Klage auf Zahlungsverzug, so wird bei Entrichtung der rückständigen Miete die Kündigung auto-

matistisch hinfällig. Es steht weiter dem Hausbesitzer frei, das seit dem 1. Juli 1926 bestehende Aufhebungsverfahren zu benutzen oder sich diesem, am 1. April 1928 in Kraft tretenden neuem Kündigungsverfahren zu bedienen.

In jedem Falle aber bedeuten diese Gesetze eine schwere Verletzung der Rechte der Mieter und ein Rückschlag in der Mieterschutzgesetzgebung. In Tausenden werden ab 1. April dieses Jahres die Kündigungen seitens der Hausbesitzer bei den Amtsgerichten gestellt werden und wie zu erwarten, in den meisten Fällen mit Erfolg. Was kann heute nicht der Hausbesitzer alles als „Belästigung“ ansehen?! Und hierbei gilt es zu berücksichtigen, daß jetzt auch den ermittelten Mietern kein Ersparnis mehr gestellt wird. Im Gegenteil. Eine vom sozialdemokratischen Innenminister Se-

veringerlassene Polizeiverordnung vom 22. 9. 1925 bestimmt ausdrücklich, daß ermittelte Mieter weder in ihre alte Wohnung gesetzt werden dürfen, noch ein angemessener Ersatzraum zur Verfügung gestellt werden darf. In dieser Verordnung heißt es auszugswiese wie folgt: „Die Obdachlosigkeit beheben, heißt nicht, der Familie eine „Wohnung“, sondern ein „Obdach“ verschaffen, sei es durch Unterbringung in einem Alshl, einem Arbeitsraume, einer Herberge, in einer leerstehenden Baracke, oder in sonstigen Räumen irgendwelcher Art. Auch wenn sie sonst zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht bestimmt sind.“ Hierbei hat die Polizeibehörde wiederum zu beachten, daß es sich nicht um eine dauernde wohlfühige Unterbringung, auch nicht um die Unterstellung des Hausrats, sondern nur um die Beforgung des notwendigsten Obdach handelt, so daß sie gegebenenfalls mit der Einweisung der Familie in einen Teil der bisherigen Wohnung vielleicht in das zugehörige Dachgeschoss ihrer Pflicht genügt (!). . . Schon mit Rücksicht auf die den Polizeifällen hierdurch erwachsenden Ausgaben ist von der Wiedererweisung Ermittelter — insbesondere böswilliger Mieter — nur in den dringendsten Fällen Gebrauch zu machen (!).“

So sieht die Mieterfreundlichkeit nicht nur der Bürgerlichen sondern auch der Sozialdemokraten aus.

Mieter, gebt ihnen bei den kommenden Wahlen die Dankschuld. Kämpft mit uns, den Kommunisten, für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für Kommunalisierung von Grund und Boden und somit für ein wirkliches soziales Miet- und Wohnrecht.

Vom Metallarbeiterkampf in Berlin



Ansammlung Streikender vor den Betrieben

Maslows Parteigründung

Maslows und seine Freunde gehen, nachdem sie innerhalb der KPD. entscheidend geschlagen sind, zur Gründung einer eigenen Partei über. Nach einer durch W.D. verbreiteten Meldung fand vor einigen Tagen in Berlin eine Konferenz statt, die einen Aufruf zur Gründung eines „Leninbundes der Linkskommunisten“ beschloß. Der Aufruf stellt die Zusammenfassung der bekannten Verleumdungen gegen die KPD. und Komintern dar. Maslow und Freunde gefallen sich dabei wieder als diejenigen, die dem „Zerfall der dritten Internationale entgegenzutreten müssen“. Hierzu soll ein öffentlicher Gründungskongreß abgehalten werden.

Das ist ein letzter kampfhafter Versuch, sich an der Oberfläche zu halten. Die Wahlen stehen vor der Tür und es besteht nur geringe Aussicht, die Grundfrage ihres bisherigen Daseins, die Mandate wiederzuholen. So wird nun der Versuch mit einer eigenen Partei gemacht, wobei die bankrotte Führerschaft nicht davor zurückschreckt, den Namen des Genossen Lenin für ihre Spaltungsarbeit zu benutzen. Das wird nichts helfen. Die oppositionellen Arbeiter innerhalb der KPD. gehen nicht den Weg der Maslows, weil sie wissen, daß es nur eine kommunistisch-leninistische Partei geben kann und daß diese Partei nur die KPD. ist. Und in den übrigen Arbeitermassen ist erst recht kein Boden für den Maslow-Bund. Das Wahlergebnis in Hamburg, 114 000 Stimmen für die KPD. und 745 für den Hamburger „Barrikadenkämpfer“ Urbahn ist eine Antwort, die im übrigen Reich noch schärfer gegeben werden wird.

Amnestiedebatte im Rechtsausschuß

Heraus mit den politischen Gefangenen

(Fig. Drahtb.) Berlin, 9. März.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag endlich der von der kommunistischen Fraktion im September 1927 eingebrachte Gesetzentwurf für Straffreiheit behandelt, der vom Genossen Gesele begründet wurde. Dr. Everling (Dtn.) sprach sich grundsätzlich für eine allgemeine Amnestie, insbesondere aber für die Fememörder, aus. Pfleger (S. Sp.) sprach gegen eine allgemeine Amnestie, für Anwendung von Einzelbegnadigungen. Rosenfeld und Landsberg (SPD.) empfahlen Einsetzung eines Unterausschusses und lehnten Anwendung der Amnestie auf die Fememörder ab. Justizminister Dergt erklärte sich bereit, in Verhandlungen mit den Vätern zu treten, da die „Jede der Amnestie in den letzten Monaten im Volke Sympathien gewonnen habe.“

Aus den weiteren Verhandlungen ergab sich, daß die Deutschen, um ihre Fememörder herauszubekommen, bereit sind, auch die proletarischen Gefangenen freizulassen. Die Sozialdemokraten aber, die jetzt keine Amnestie wollen, wollen sie scheitern lassen. In der Frage derselben Fememörder, denen sie im Oktober 1923 nach

dem Rührer Putsch auf Anweisung Seeverings aus der Zitadell in Spandau freien Abzug mit Waffen gewährt haben.

Was kostet ihre Gefinnung?

In der Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung“ vom Dienstag dem 28. Februar, befindet sich in großer Aufmachung folgende Zusatzt:

„Politischer Redner gesucht.“

Für die Zeit des Wahlkampfes von rechtsstehender Partei für erste Kräfte werden gebeten, Offerten mit Lichtbild, Lebenslauf, Referenzen und Gehaltsansprüchen einzureichen unter B C 504 an Ulrich, Agt. d. S., Essen, Gröfenallee 21.

Für Geld ist bekannt alles zu haben. Die Herren Drahtzieher der bürgerlichen Parteien sind verständlicherweise häufig zu feige ihre wahre Gefinnung in Vollversammlungen zur Diskussion zu stellen. Darum laufen sie sich acht Wochen vor der Wahl redigewandte Leute, die gegen Geld bereit sind, heute völkisch, morgen deutschnational und übermorgen deutschvolksparteilich zu sprechen, je nachdem, wer das höchste Angebot in der Gehaltszahlung vorlegen kann.

Aus aller Welt

Schweres Autounfall auf der Gubener Chaussee.

Am Mittwoch, gegen 20 Uhr, überflog sich in der Nähe von Klein- und Groß-Kloden auf der Chaussee Gubrau—Herrnstadt das Auto des Reisenden Schulz aus Breslau, das von dessen Sohn der keinen Führerschein besaß, gesteuert wurde. Das Auto schlug mit dem zusammengelegten Verdeck gegen einen Baum und überschlug sich zwei Mal, Rigasch und Max Wosig, wurden getötet, Schulz zum wurde schwer verletzt und zwei weitere Insassen erlitten leichtere Verletzungen.

Begräbnis einer Scheintoten. Wie aus Rischinow in Rumänien berichtet wird, hat sich dort am Sonntag mittig ein sonderbarer Fall zugetragen. Die Gattin des Ingenieurs Walhovski sollte begraben werden. Im Beisein eines großen Trauerpublikums wurde der Sarg auf den Leichenwagen gesetzt, als plötzlich aus dem Innern des Sarges ein Klopfen wahrgenommen wurde. In den ersten Sekunden griff im Kreise der Anwesenden eine unbeschreibliche Panik aus, dann aber machten sich die Leute des Leichenbestattungsunternehmens an den Sarg und öffneten ihn. Die Frau, die man für tot hielt, setzte sich bleich und mit verwunderten Augen auf. Ein Arzt stellte fest, daß die Frau nur scheinbar todt gewesen ist.

1400 Morgen Heide in Brand. Harburg, 8. März. Im Landkreis Harburg in der Umgegend von Oster sind 1400 Morgen Heide infolge jahrlängiger Brandstiftung abgebrannt. Ein 16jähriger Junge hatte Gras angezündet. Das Feuer griff mit rasender Geschwindigkeit um sich und konnte erst nach vierstündiger Arbeit eingedämmt werden.

Zur Landbunddemonstration auf dem Schloßplatz

Gegen die großagrarischem Schmaroker — Für das Bündnis der städt. Proletarier mit der Dorfarmut

Hausbesitzer und Untermieter
Vielsach beschwerten sich in letzter Zeit Mieter darüber, daß Haus-

Die Arbeitsmarktlage in Schlesien
Im Bezirk des Landesamtes in Schlesien ist die Zahl der

Unterstützte Frühjahrsfrüherungen. Das schöne warme Wetter der

Witertagung. Der niederschlesische Mieterverband e. V. hielt

Überverlegung. Die Fundamentverwirkelung der

Zwischenlandung französischer Flugzeuge in Breslau. Die

Selbstmordversuch. Der 22jährige Arbeiter Obst, Treilinden-

Gestern morgen ereignete sich ein schwerer Straßenbahnunfall.

Vergiftet hat sich am Mittwoch die Frankfurter Straße 113 wohn-

Illput im Lieblich-Theater

Das Märzprogramm des Lieblich-Theaters beginnt mit zwei

Kerkhof. Öffentlicher Lichtbildervortrag Freitag

Streifen. Aus der Bewegung. Alle KPD-Kameraden

Für Montag hat der „Schlesische Landbund“, die von

Auch die Landarbeiter werden, wie bei anderen Kund-

Seit Jahr und Tag steigt die Notlage der Kleinbauern.

Seit einem Jahr besteht die Bürgerblockregierung mit einem

Werktätige! Beteiligt Euch am Kameradschafts-Fest

Arbeitersport

An alle Vereine des 1. Bezirks. Zu dem am 25. März, 1. und

Schiedsrichterausschuß. Der für 16. März in der

Berichterstattervereinigung. Berichte und Re-

Verhandlungsausschuß. Ladungen für 14. März.

Friedewalde. A. R. V. Solidarität. Freitag Vereinsabend

Königszelt. Spielergebnisse. Reges Leben herrschte am

Freiburg. Arbeiter-Schwimmverein. Am 10. März

Freiburg. Fußballergebnisse. Am 4. März spielten die

Freiburg. Arbeiter-Schwimmverein. Am 10. März

deutschnationalen Landwirtschaftsminister. Wäh-

Nur die kommunistische Partei führte den Kampf gegen die

- 1. Streichung der Rentenbank-Grundschulds für die Bauernmilit-

Alle diese Anträge sind von den Deutschnationalen und allen

Die Kleinbauern müssen viele und hohe Steuern be-

Die kommunistische Partei als die alleinige Interessenvertreterin

Wendet euch ab von den deutschnationalen Landbundführern,

Nur ein Bündnis mit den Schichten der Bevölkerung, die, wie

erste und zweite Mannschaft gegen die gleichen der Fußballabteilung

Nieder-Salzbrunn. Spielbericht. Am vergangenen Sonntag

Arbeiter-Turn- und Kraftsportverein Nieder-Salzbrunn. Sonn-

Liebau. Sonntag standen sich folgende Mannschaften in Landes-

Liebau I Gottesberg I, Anstöß 14 Uhr; Liebau II — Gottesberg II,

Wir Freunde und Gönner unserer Sache um zahlreichen Besuch.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau. — Stadtteil II Nord. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlungen

Jauer. Freitag 20 Uhr im „Grünen Adler“ Versammlung.

Kommunistischer Jugendverband

Görlitz. Freitag 20 Uhr Heimabend. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Abt. 1. Sonntag 9,30 Uhr Auftreten „Stadt Rastlau“ mit Musik

Untergrund Waldburg. Note Jungfrau. Sonntag 7 Uhr Auftreten

Sonstige Organisationen

Breslau. — Arbeiter-Schützenbund. Sonntag 9 Uhr im Bergkeller Übung-

15 000 Arbeiter protestieren gegen das Hindenburgert RFB-Verbot!

Im Monat Januar d. J. richtete die kommunistische Landtagsfraktion an das Preuß. Staatsministerium folgende "Kleine Anfrage":

- 1. Billigt das Staatsministerium das Vorgehen des Polizeipräsidenten Bed in Gleiwitz gegen den Roten Frontkämpferbund in den Stadtteilen Jaborze und Biskupitz in Hindenburg?
2. Wie lange will das Staatsministerium das rechtswidrige Verbot des RFB in Hindenburg aufrechterhalten?

Diese Anfrage war eindeutig damit begründet, daß die angebliche Rechtsgrundlage für eine Auflösung der Hindenburgert RFB-Ortsgruppe erschüttert sei. Der Arbeiter Viktor Schmalzel, der Waffenbesitzer und Mitglied des RFB gewesen sein soll, war nie Mitglied des Roten Frontkämpferbundes. Denn aus dem angeblichen Waffenbesitz des Schmalzel und seiner angeblichen Mitgliedschaft im RFB folgerte die Regierung vermutlich die "Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes" und daraus ihr "bürgerliches Recht", den Roten Frontkämpferbund in der Stadt Hindenburg aufzulösen.

Es ist damit einverstanden, daß der RFB in Hindenburg zugunsten der faschistischen Organisation polizeilich unterdrückt wird. Grzesinski ist damit einverstanden, daß der faschistische Landesführerbund seinen Waffenbesitz ausbauen kann, daß die Hakenkreuzler und Stahlhelmer die Arbeiterschaft weiterhin, wenn es ihnen einfällt, mißhandeln, ohne sich dagegen wehren zu können.

In verschiedenen Orten Oberschlesiens, wie in Gleiwitz, Beuthen, Ober-Glogau, Kreuzburg usw., haben die Arbeiter in Protestkundgebungen zum Ausdruck gebracht, daß sie die Aufhebung des RFB-Verbotes in Hindenburg fordern. Sowell uns die Berichte vorliegen, haben sich an diesen Protestkundgebungen etwa 15 000 Arbeiter beteiligt, und schätzungsweise wird diese Zahl verdoppelt. Das ist die Antwort der Arbeiterschaft auf den Sergeanten des sozialdemokratischen Ministers Grzesinski. Die Regierungsenten sollen nicht glauben, daß die Roten Frontkämpfer sich dieses ausgezogene Verbot, welches durch die Antwort des Ministeriums noch besonders betont wurde, auf die Dauer gefallen lassen können.

Zu 1. Ja.
Zu 2. Eine Aufhebung des Verbots der Ortsgruppe Hindenburg des RFB kommt zurzeit nicht in Frage.

Wir werden es bei dieser Aktion nicht belassen. Die kommunistische Landtagsfraktion stellt einen Antrag im Landtag, in welchem die Aufhebung des RFB-Verbotes gefordert wird. Immer wieder werden wir alle Gelegenheiten benutzen, um der Arbeiterschaft zu sagen, wie sie behandelt wird und die Aufhebung des Hindenburgert RFB-Verbotes fordern. Viele Beweise haben wir für die Unterdrückung der Roten Frontkämpfer einerseits und die großzügige Behandlung der Arbeiterfeinde andererseits durch Regierung und Polizeibehörden.



Johann Eichos, geb. am 5. April 1895, war Mitglied der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpfer-Bundes. Seit einigen Wochen gelang es der Partei und RFB-Leitung festzustellen, daß er Nachrichten und Material der Landesministerialpolizei durch den Spiegel Romak auslieferete.

Schon oft in der "A.Z." als Prachtexemplar der Dessenlichkeit hinstellen mußten, beschimpft die Arbeitslosen. Bei der letzten Zahlung kam eine Kollegin einige Momente zu spät und wurde von diesem Fräulein unverschämte angefahren und mit "Frauenzimmer" beschimpft.

Herr Dr. Born, Sie als Arbeitsnachweisleiter, sind über die Umgangsformen des Fräulein Hoffmann gegenüber den Arbeitslosen schon oft aufgeklärt worden. Sie als Vorsitzender unterschreiben oft den Entzug von vier Wochen Unterstützung (d. h. vier Wochen Hunger) für Arbeitslose, die in ihrer Verzweiflung manchmal sehr ungerecht sind.

Fortleben nach dem Tode?

Ueber diese Frage streiten sich die Gelehrten; sie suchen noch das Riesenzinnozeros, und in dem deutschen republikanischen Bürokratismus läuft es rum. Beim Finanzamt nämlich ist wahrscheinlich dieses Fortleben nach dem Tode üblich.

Neustadt OS. Das Zentrum auf Wahlagitatio. Das Neustädter Zentrum hat den Wahlkampf begonnen. Die alten öffentlichen Versammlungsmethoden ziehen ja nicht mehr, denn durch die Politik der letzten Zeit hat diese Partei immerhin eine ganze Anzahl frühere Wähler vor den Kopf gestoßen.

Volkshochschulvorträge. In letzter Zeit fanden in Neustadt des öfteren vom Bürgermeister und Gymnasialdirektor veranstaltete Volkshochschulvorträge von Breslauer Professoren statt. Nun ist es aber interessant, daß bis jetzt nur über Dicht- und Baukunst gesprochen wurde.

Borkendorf, Kreis Reife. Ein feiner Jugenderzieher ist der Lehrer Herbst von der hiesigen Volksschule. Einen Jungen (Wagner) hat er ohne ernstliche Veranlassung mit dem Stode über die Hand gefaßt, daß dieser stark anschwell und die Schwielen noch 8 Tage nachher zu sehen waren.

Note Frontkämpfer heraus!

Begrüßungsempfang der vier Jungfrontkämpfer, die wegen tapferer Abwehr der Militärschüler Stahlhelmlüberfälle acht Monate in Untersuchungshaft saßen, am Sonntag 16 1/2 Uhr am Bahnhof Gleiwitz. Anfangs 17 Uhr am Ring Protestkundgebung. Thema: "Der Militärschüler Kommunistenprozeß". Redner: Kam. Karalus, Militärschüler. Durchführung Obereschlesien des RFB.

Gleiwitz

Werbetag für die "Arbeiterzeitung" Sonntag, den 11. März 1928

Die Arbeiterschaft in Oberschlesien benötigt in den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen scharfe Waffen gegen das Unternehmertum. Zu diesen Waffen gehört auch eine gut verbreitete Arbeiterzeitung, die rücksichtslos die Interessen der Kämpfenden vertritt.

Die Ortsgruppe Gleiwitz hat deshalb beschlossen, am Sonntag, dem 11. März, einen Werbetag für die "Arbeiterzeitung" durchzuführen. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an dieser Arbeit zu beteiligen.

Oppeln

Unterbezirklererz der Partei

Anwesend waren 63 Genossen aus 14 Ortsgruppen. Die Berichtserstattung der einzelnen Ortsgruppenleiter brachte zum Ausdruck, daß die Schwierigkeiten auf dem Lande zwar sehr groß sind, aber trotzdem unser Einfluß ständig zunimmt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Olgan über die kommenden Wirtschaftskämpfe und welche Aufgaben dabei die Kommunisten zu erfüllen haben.

an diesem Tage vor der Arbeiterschaft entwickelt muß. In den ländlichen Ortsgruppen soll die Partei, wo es möglich ist, in geeigneter Form Wahlveranstaltungen vorbereiten.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß mehr auf die agrarischen Verhältnisse hätte eingegangen werden müssen, da unsere Partei nicht den ländlichen Charakter des Unterbezirktes verkennen dürfe.

Zum dritten Punkt sprach Genosse Rudert als Redakteur der "Arbeiterzeitung" besonders über die Zeitungsausbreitung und Verbreitung. In wenigen Minuten wurde eine Fülle von Tatsachen über die Entwicklung und Stärke der Arbeiterpresse vermittelt und gezeigt, wie wir durch einen Stab von guten Arbeiterkorrespondenten durchaus in der Lage sind, der bürgerlichen Presse eine gefährliche Konkurrenz zu bieten.

Diese Unterbezirkskonferenz kann nach Weis und organisatorischem Wert als eine der besten angesehen werden. Auch der politische Erfolg ist nicht zu verkennen, was uns beweist, daß die Partei auf dem Lande schon sehr gute Stützpunkte hat.

Internationale Frauentage

Noch viel zu wenig sieht die Frau im politischen Leben. Trotzdem hat sie oftmals noch mehr unter der Ausbeutung zu leiden als der Mann. Biersch stellt die Verhältnisse und Arbeiterfrau unter dem Einfluß der Kirche, die sie in der Not als Kapitalstuehl hält.

Sonntag nachmittags und abends fanden die Veranstaltungen im "Schützenhaus" statt, welche im Anbetracht des Frühlingseifers gut besucht waren. Mit einer Rede, angepaßt auf das schwere Leben der Frau, einem Film, "Der Schleier fällt", welcher das verheerete Leben der Frau im Orient nach der Uebernahme durch die Sowjetregierung zeigt, und der Wahlbegleitung der Arbeiter-Mandatskandidaten, konnten alle und im besonderen die Frauen Anregung und Beirückigung finden.

Die Frauengruppe der SPD konnte durch diese Veranstaltung einige neue Kämpferinnen werden und wird die verhärtete Werbung noch weiter ausdehnen. Alle Werktätigen und Arbeiterfrauen gehören in die SPD!

Arbeitslose Mädchen werden von der Angefallten Hoffmann beschimpft Die weiblichen Arbeitslosen haben am Arbeitsamt Oppeln-Stadt ein besonderes Leben. Die Angefallte Hoffmann, die wir übrigens